

Interessantes, über das wenig oder gar nicht in Deutschland berichtet wird... (KOPP Nachrichten)

Quelle: KOPP-Verlag - Ausgabe "exklusiv" Nr. 31/17

► Politisch korrekte Führerscheine:

Seit Oktober 2016 können Fahrschüler die theoretische Prüfung auf Arabisch machen. Die Zahl der Bewerber geht in manchen Städten durch die Decke. Wo das hinführt, wenn Tausende von Migranten in ihrer Herkunftssprache geprüft werden, aber hinterher auf den Straßenschildern lokale Angaben lesen müssen, sieht man in Kanada. Dort zahlen viele Autofahrer jetzt dreimal so viel Kfz-Versicherung wie noch vor ein paar Jahren.

► EU will Kontensperrungen gegen Banken-Runs:

Die Europäische Union fasst vorübergehende Sperrungen von privaten Bankkonten ins Auge, um eventuelle Runs auf angeschlagene Banken zu verhindern. Eine Vorlage dazu befindet sich seit Anfang 2017 in Vorbereitung. Sie hat aber bisher noch keine Mehrheit jener Länder gefunden unter anderem Deutschlands — die für diese Maßnahme sind. Die jüngste Beratung zu dem Vorstoß fand weniger als zwei Monate nach einem Ansturm auf die *Banco Popular* statt, dem kollabierten spanischen Kreditinstitut. Das Einfrieren von Bankeinlagen wird in dem Papier als »mögliche« Maßnahme dargestellt. Es wurde am 13. Juli zuletzt auf EU-Ebene diskutiert, ohne dass sich eine Mehrheit dafür fand. Im September soll es den nächsten Anlauf geben.

► Flankenschutz für die Automafia:

Er unterstellte den Deutschen wegen ihrer mehrheitlichen Ablehnung von TTIP eine »seltsame Handelsfeindlichkeit« und behauptete, dass Deutschland einer der Hauptprofiteure des gescheiterten Abkommens sein könne. Den Briten sagte *Marcel Fratzscher* im Falle des Brexit vorher, »nie wieder eine globale Handelsnation« zu sein. Fratzscher hat sich längst als transatlantischer Elitensprecher geoutet. Jetzt, zu Beginn des Kartell-Skandals in der deutschen Autobranche, behauptet er: »Eine Krise der Automobilindustrie ist eine Gefahr für die gesamte deutsche Volkswirtschaft.« Die Ausmaße und Folgen des Skandals sind noch gar nicht absehbar, da wird bereits in schwülstigen Worten vor den Gefahren für eine Industrie gewarnt, die alles, offenbar nur nicht die Interessen ihrer Kunden im Sinne hatte und der Rendite wichtiger ist als die Zukunft des Landes. Ob der versuchte Flankenschutz der Automafia wirklich hilft, ist jedoch mehr als fraglich.

► Macron:

Die *Zeit* wundert sich, ihre (verbliebenen) Leser nicht: In der Wochenzeitung lasen wir am 25. Juli zum französischen Präsidenten: »Nur die Reichen jubeln noch.« Der

Kommentar dazu im Vorspann des Artikels lautete so: »In kurzer Zeit hat Frankreichs Präsident dramatisch an Zustimmung eingebüßt. Der Grund sind seine ersten Reformen: Kürzungen bei den Armen und Geschenke für die Reichen.« Während diese Feststellung keinen Leser von *Kopp Exklusiv* überraschen wird, merkt man der *Zeit* regelrecht an, wie ihr die Kinnlade herunterklappt. Denn noch am 7. Mai hatte man dort in einem Portrait lesen können, Macron stehe »für eine Politik der Zuversicht«, der Rothschild-Banker sei »smart und charismatisch« und auf den Fluren der Macht kenne er sich »bestens aus.« Es war wohl nur die *Zeit* selbst, die Macrons Versprechen, »die alten Losungen zu beenden« für einen Wahlkampfschlager hielt.

► **Tabakkonzerne sabotieren Regierungskampagne:**

Das renommierte *King's College in London* und die *University of Bath* haben bei 6000 Rauchern die Preise ermittelt, die sie zwischen 2002 und 2014 für Zigaretten bezahlt haben. Das Ergebnis: Die großen Tabakkonzerne hintertreiben seit mindestens zehn Jahren über ihre Preispolitik öffentliche Kampagnen gegen das Rauchen. Die Studie wurde im Magazin *Nicotine & Tobacco Research* veröffentlicht. Demnach haben die Konzerne die schärfste Waffe gegen das Rauchen — höhere Preise neutralisiert, indem sie die Zigarettenpreise manipulierten. Sie verdoppelten die Preisspanne zwischen den teuersten und günstigsten Zigaretten in den zwölf Jahren bis 2014. Raucher mussten in dieser Zeit lediglich die Marke wechseln, um die Preise von 2002 beibehalten zu können. Allerdings erwischen wir den Staat ständig dabei, dass er wegschaut, wenn im Zwangsfernsehen wieder viel öfter geraucht wird.

► **Fed ist Spielmacher des »Tiefen Staates«:**

Peter Schiff, der Mann, der schon 2006 im US-Fernsehen die Finanzkrise vorhersagte und dafür ausgelacht wurde, macht eine klare Ansage: Im *Liberty Report* von Ron Paul sagt Schiff voraus, dass die US-Notenbank für den nächsten Crash verantwortlich sein und Donald Trump zum Buhmann erklären wird, wie das gesamte US-Establishment, das seinen Sündenbock längst ausgeguckt hat. Trump habe sich selbst eine Falle gestellt, indem er sich und seine Politik als Grund für die jüngste Rally an der Wall Street sieht.

► **NATO und EU forcieren Kooperation:**

Die Verteidigungsminister der EU werden im September erstmals zusammen die Abwehr eines Cyberangriffs proben. Ziel der Übung soll es sein, die Reaktionsfähigkeit der Ministerien zu testen. In der Ankündigung für die Übung betonte Estlands Verteidigungsminister *Jüri Luik* die enge Zusammenarbeit mit der NATO und wies auf »Barrieren« zwischen den beiden Organisationen hin. Seit dem vergangenen Jahr arbeiten die EU und die NATO auf dem Gebiet der Cyberabwehr enger zusammen. Die NATO hat die Abwehr von Angriffen über das Internet 2016 zu einem eigenständigen Einsatzgebiet erklärt, sodass der Verteidigungsfall auch nach einem Cyberangriff erklärt werden kann.